

**Fraktion  
TÜBINGER LINKE  
im Kreistag**

Bernhard Strasdeit  
Margrit Paal  
Dr. Emanuel Peter  
Gisela Kehrer-Bleicher

c/o Bernhard Strasdeit  
Frischlinstr. 7  
72074 Tübingen  
07071-21534  
strasdeit@t-online.de

29.9.2016

Linke, Kreistagsfraktion / Antrag

## **Resolution des Kreistags Tübingen zu den Nebenabsprachen der Landesregierung**

**1.**

**Der Kreistag fordert von der Landesregierung die Veröffentlichung aller die Kommunen betreffenden haushaltsrelevanten Nebenabsprachen einschließlich der so genannten „Giftliste“, deren Existenz Ministerpräsident Kretschmann bereits zugegeben hat und die wesentliche Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen enthalten soll.**

**Begründung:** Die bisher bekannt gewordenen Nebenabsprachen außerhalb des offiziellen Koalitionsvertrags enthalten Maßnahmen der Landesregierung in Höhe von ca. 2,2 Milliarden Euro, die „ohne Haushaltsvorbehalt“ verwirklicht werden sollen und sowohl in das Haushaltsrecht des Parlaments wie in die Finanzplanung der Kommunen eingreifen, ohne dass diese in die Beratung einbezogen wurden.

**2.**

**Der Kreistag Tübingen fordert die Landesregierung auf, die Verwendung der hohen Steuermehreinnahmen des Landes in den letzten Jahren aufgrund der konjunkturellen Entwicklung offenzulegen.**

**Begründung:** Allein im ersten Halbjahr 2016 hat das Land 2,7 Mrd. Euro an Steuern (14,7 Prozent plus) mehr eingenommen als im Jahr zuvor, deren Verbleib selbst dem Gemeindetag Baden-Württemberg unklar ist. Die Landesregierung spricht von einem angeblichen „strukturellen Haushaltsdefizits“ von 800 Mio. Euro, mit dem sie ihre geplanten Kürzungen von Landeszuschüssen an die Kommunen und Landkreise rechtfertigen will.

3.

**Der Kreistag Tübingen fordert in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg höhere Landeszuschüsse für dringend benötigten Mietwohnungsbau, Schulsanierungen und die bessere Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und weist Forderungen der Landesregierung nach Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen zurück. Als ersten Schritt tritt der Kreistag dafür ein, dass das Land seine Zusage einhält, auf die Vorwegentnahme von 315 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzichten. Zugleich fordert der Kreistag die Landesregierung auf, einen Plan auszuarbeiten, wie die große Investitionslücke von 27,2 Mrd. Euro allein in Baden-Württemberg mittelfristig abzubauen ist. Außerdem tritt der Kreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen ein, der von der Landesregierung finanziell auszustatten ist, damit die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gewährleistet wird.**

**Begründung:** Die prekäre Finanzsituation erhält ihre Zuspitzung durch den seit Jahren anhaltenden Investitionsrückstau, der aktuell allein in Baden-Württemberg 27,2 Mrd. Euro beträgt. Bundesweit hat die kommunale Investitionslücke nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel trotz sprudelnder Steuereinnahmen seit 2013 sogar um 20 Prozent auf 136 Mrd. Euro zugenommen.

4.

**Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, künftig mit dem Gemeindetag und dem Städtetag kooperativ zusammenzuarbeiten und nicht über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen zu treffen, die wesentlich in die Haushalte der Kommunen und der Landkreise eingreifen.**

**Begründung:** Die geheimen Nebenabsprachen der Landesregierung haben in der Öffentlichkeit zu einem massiven Vertrauensverlust in das Vorgehen der neu gewählten Regierung, ihrem Versprechen nach mehr Bürgerbeteiligung und darüber hinaus in die Planungssicherheit für Kommunen und Landkreise geführt, zumal in diesem Jahr wichtige Absprachen zwischen Land und Kommunen auslaufen (u.a. Vierjährige Vereinbarung Land-Kommunen einschließlich Konsolidierungsbeitrag).